

Aus dem Hessischen Landtag

02.03.2018

Eva Goldbach MdL

Ländlicher Raum, Kommunales, Petitionen

GRÜNER Schwerpunkt - Gleichberechtigung

Mit der Einführung des Frauenwahlrechts 1918 wurde die Grundlage für die politische Gleichberechtigung von Männern und Frauen gelegt. Auch 100 Jahre danach ist die Gleichberechtigung noch lange nicht in allen Bereichen abgeschlossen.



GRÜNE Projekte stärken die Rechte der Frauen. So soll die Novellierung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes mehr Frauen in Führungspositionen bringen. Erst wenn überall in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Frauen denselben Anteil wie Männer an Entscheidungen haben, werden sie auch im Alltag wirklich gleichberechtigt sein. Frauen und Männer sollen den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit bekommen. Im [hessischen Lohnatlas](#) haben unabhängige Wissenschaftler im Auftrag der Landesregierung erstmals erhoben, wie groß die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in den Landkreisen genau ist. Hessen liegt mit 14,1 Prozent Lohnlücke zwar unter dem Bundesdurchschnitt, doch wir wollen auch diese Ungerechtigkeit beseitigen.

Ländlicher Raum: Stadt und Land zusammen denken

Der ländliche Raum in Hessen hat viele Stärken, steht aber auch vor großen Herausforderungen. Romantisierte Bilder in Zeitschriften wie „Landlust“ oder „Landliebe“ haben wenig mit dem wahren Leben auf dem Land zu tun.

In Hessen liegen Stadt und Land nahe beieinander, es gibt einen intensiven Austausch von Leistungen, Produkten und Arbeitskräften. Wir denken, entwickeln und fördern Stadt und Land zusammen. Deshalb fördern wir beispielsweise flächendeckende Breitbandnetze. Hessen ist beim Breitbandausbau unter den Top 3 der Flächenländer. Die Versorgung gewerblicher Flächen liegt mit 80 % auf Platz zwei der Flächenländer; Hochtaunuskreis, Odenwaldkreis und Main-Kinzig-Kreis gehören zu den zehn bestversorgten Kreisen in ganz Deutschland. Das schnelle Internet ermöglicht auch die Verlagerung von 500 Arbeitsplätzen auf das Land, die gerade von der hessischen Finanzverwaltung umgesetzt wird. Diese Verlagerung ist Teil der Offensive „Land hat Zukunft“: Mit insgesamt rund 1,8 Milliarden Euro Landesmitteln werden die ländlichen Regionen für die Zukunft gestärkt.



Damit die Städte und Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen können, unterstützt das Land sie nach Kräften, mit dem Entschuldungsprogramm „Schutzschirm“, mit den beiden Kommunalinvestitionsprogrammen KIP I und KIP II und mit der Hessenkasse. Im Kommunalen Finanzausgleich sind die Mittel für Gemeinden im ländlichen Raum von 2009 bis 2016 von 546 Millionen auf 746 Millionen Euro gestiegen. Dabei bekommen Kommunen, die unter einem starken Bevölkerungsrückgang leiden, zusätzliches Geld. Und das gesundheitliche Versorgung auf dem Land mit dem Programm zur Bildung regionaler Gesundheitsnetze, mit Gemeindeschwestern und mit einem ganzen Maßnahmenbündel für die hausärztliche Versorgung.

*"In Frankfurt können wir darüber diskutieren, ob der Takt der U-Bahn schneller werden muss. Das interessiert im Vogelsberg keinen Menschen."
Ministerpräsident Bouffier
in der Debatte zum Ländlichen Raum*

[Infos zur Offensive „Land hat Zukunft“ finden Sie hier.](#)

Sicherheit

Die Erfolge in der Kriminalitätsbekämpfung in Hessen sind das Ergebnis einer klugen Kombination aus Prävention, einer gut ausgestatteten Polizei und dem gezielten Einsatz von Ressourcen. Die Kriminalität in Hessen ist 2017 auf dem niedrigsten Stand seit fast 40 Jahren. In vier der fünf laut der jüngsten bundesweiten



Statistik sichersten Bundesländer regieren die GRÜNEN mit; Baden-Württemberg und Hessen liegen an der Spitze. Für 2017 verzeichnet die Kriminalstatistik einen Rückgang der Kriminalität um neun Prozent im Vergleich zum Vorjahr, und die Aufklärungsquote von 62,8 Prozent ist die höchste, seit die Statistik 1971 begonnen wurde. Die Zahl der Wohnungseinbrüche sank 2017 um gut ein Fünftel (20,4 Prozent) auf den niedrigsten Stand seit neun Jahren. Knapp die Hälfte blieb im Versuch stecken. Die Zahl der Einbrüche ist deutlich niedriger, die Aufklärungsquote deutlich besser als im Bundesschnitt. Diese hervorragenden Ergebnisse verdanken wir der qualifizierten und engagierten Arbeit der hessischen Polizei und Justiz.

[Die hessische Kriminalstatistik finden Sie hier.](#)

Mobilitätsfördergesetz

Das neue Mobilitätsfördergesetz gibt den Kommunen Planungssicherheit für den Öffentlichen Personennahverkehr, kommunalen Straßenbau und Radwegebau. Das Mobilitätsfördergesetz legt die Zweckbindung fest und ersetzt die wegfallenden Bundesmittel ab dem Jahr 2020 durch Landesmittel. Die Summe ist mit



mindestens 100 Millionen Euro im Jahr festgelegt, das sind 3,5 Millionen mehr als bisher. Die Mittel sollen gesetzlich festgelegt je zur Hälfte in den öffentlichen Nahverkehr und in die Straßen fließen. Das Land erweitert den Förderkatalog: So können künftig auch die Erneuerung, der Bau und Ausbau von Schienenstrecken, die Anschaffung von Fahrzeugen wie zum Beispiel Elektrobussen, der Umstieg auf effizientere Schienenfahrzeuge mit geringeren Emissionen, die Nachrüstung von Betriebshöfen und zentralen Werkstätten sowie Verleihsysteme für Fahrzeuge, also (E-Car-Sharing und der Verleih von Fahrrädern und E-Bikes, gefördert werden.

[Den Gesetzentwurf können Sie hier nachlesen.](#)

Brand- und Katastrophenschutzgesetz

Zum Glück erleben wir im besten Fall nie oder zumindest selten in unserem Alltag Katastrophen, Unfälle und Brände.

Wenn aber solche Katastrophen oder Notfälle eintreten, sind wir in Hessen gut gerüstet, weil mehr als 80.00 Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und Helferinnen und Helfer im Brand- und Katastrophenschutz gut ausgebildet und sofort einsatzfähig sind. Deshalb möchte ich mich dem Innenminister anschließen und das hervorragende Engagement der Menschen in diesen Ehrenämtern würdigen und ihnen herzlich danken.



Im Land Hessen finden die Mitglieder der Feuerwehren und im Katastrophenschutz einen verlässlichen Partner. Nicht nur durch die Förderung der Anschaffung von Fahrzeugen und Feuerwehrhäusern, sondern auch durch die Schaffung von guten Rahmenbedingungen.

[Mehr zu den Rahmenbedingungen erfahren Sie hier.](#)

Forstwirtschaft

Umweltministerin Priska Hinz begann ihre Rede mit den Worten: „Ja, der Wald. Wir lieben ihn alle besonders. Wir messen ihm eine große Bedeutung zu – auch das zu Recht.“



Sie betonte die unterschiedlichen Perspektiven auf den Wald und die daraus resultierenden kontroversen Debatten. Die unterschiedlichen Zielgruppen hätten ganz unterschiedliche Auffassungen davon, was der Wald leisten kann und soll. Dem stelle sich die Landesregierung, die mit dem Staatswald eine besondere Verantwortung trage.

Es sei notwendig, den Wald für die künftigen Jahrzehnte klimaverträglich zu gestalten und deshalb habe die Landesregierung im Rahmen ihres Klimaschutzplanes auch Maßnahmen hinterlegt, wie die Kartierung des hessischen Staatsforsts mit Angaben zur Klimaverträglichkeit der Wälder. Ein Ziel sei die Speicherung von Kohlenstoff sowohl im Wald als auch in langlebigen Holzprodukten und durch Substitution energieintensiver Materialien durch Holz.

Mit der Entscheidung für die FSC-Zertifizierung des gesamten Staatswaldes habe die Landesregierung einen wichtigen Punkt gesetzt. Die Sicherung der biologischen Vielfalt im Staatswald sei ein wichtiger Bewirtschaftungsauftrag.

Jedes Jahr würden rund 3,7 Millionen Festmeter Holz erzeugt. Hessen-Forst trage damit wesentlich dazu bei, dass alle Waldbesitzarten nennenswerte Einnahmen aus dem Holzverkauf haben. Das sei auch für die Arbeitsplätze im ländlichen Raum und für die Wertschöpfung im ländlichen Raum wichtig. Deshalb möchte die Ministerin gerne, dass dies so bleibt.

[Mehr Information lesen Sie hier.](#)

Diesel-Urteil

Wir GRÜNE sehen nach dem [Urteil des Bundesverwaltungsgerichts](#) in Leipzig zur Stickoxidbelastung in den Städten die Bundesregierung und die Automobilindustrie in der Pflicht, um drohende Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge zu verhindern. Es ist technisch möglich, die Autos so nachzurüsten, dass sie weniger giftige Abgase ausstoßen. Dafür reicht es aber nicht, die Software nachjustieren, sondern die Konzerne müssen an die Hardware. Selbstverständlich muss die Industrie dafür die Kosten tragen. Wer im Vertrauen auf die angegebenen Emissionswerte ein Auto gekauft hat, hat ein Recht darauf, dass der Hersteller dafür sorgt, dass er es auch benutzen kann. Die Bundesregierung muss die Automobilkonzerne zwingen, die Folgen der Täuschung der Verbraucherinnen und Verbraucher zu beseitigen. Sie muss mit der längst überfälligen Änderung der Kennzeichnungsverordnung eine bundesweit einheitliche Rechtsgrundlage dafür schaffen, dass Kommunen die Blaue Plakette einführen können. Absolut inakzeptabel ist die Forderung von Teilen der Wirtschaft, die Grenzwerte für Stickoxide zu ändern.



KURZ NOTIERT:

Forsa-UMFRAGE



Das Ergebnis der kürzlich veröffentlichten [Forsa-Umfrage](#) – drei Prozentpunkte über dem Wahlergebnis von 2013 – eine Bestätigung unseres eigenständigen, an Inhalten orientierten Kurses. Immer mehr Menschen entscheiden sich für GRÜN, weil sie wissen, dass es ein ökologisches, gerechtes, vielfältiges und weltoffenes Land nur mit uns gibt. Wer in Hessen keine GroKo will, muss DIE GRÜNEN möglichst stark machen. Wir haben die Ideen und Konzepte, eine grünere und gerechtere Zukunft zu gestalten, und wir sind bereit, weitere Verantwortung für Hessen zu tragen. Wir arbeiten dafür, Hessen Schritt für Schritt zu modernisieren.

Dazu gehören insbesondere die Umsetzung der Energiewende, um nach dem Ausstieg aus der Atomkraft

auch das fossile Zeitalter zu überwinden, und eine andere Mobilitätspolitik, ohne die sich im Ballungsraum bald nichts mehr bewegen würde. Dazu gehört genauso die Förderung einer Landwirtschaft, die zuvorderst den Verbraucherinnen und Verbrauchern dient und keine seelenlose Industrie ist. Und dazu gehört, dass wir für Integration und die offene Gesellschaft kämpfen und der Ausgrenzung und dem Hass der Rechtspopulisten Paroli bieten.

HESSISCHER DEMOGRAFIE-PREIS



Gehören Sie zu den Menschen mit Ideen und Tatkraft? Leben Sie gerne auf dem Land und wollen, dass Ihr Ort auch in Zukunft lebenswert bleibt? Demografischer Wandel ist für Sie kein Schreckgespenst, sondern ein Ansporn? Dann bewerben Sie sich mit ihrem Projekt um den Hessischen Demografie-Preis 2018.

Mit dem Hessischen Demografie-Preis zeichnet die Hessische Staatskanzlei Projekte und Initiativen aus, die mit Phantasie und Mut die Herausforderungen unserer Zeit annehmen und anderen ein gutes Beispiel geben. Wie schon im vergangenen Jahr steht der ländliche Raum im Mittelpunkt. Das Preisgeld beträgt insgesamt 20.000 Euro. Die Bewerbungsfrist läuft noch bis zum 20. März.

[Weitere Informationen und den Online-Bewerbungsbogen finden Sie hier.](#)

STRASSENBEITRÄGE



Die Stadt Schlitz (Vogelsbergkreis) geht als erste Kommune Hessens vor das Bundesverwaltungsgericht, um sich gegen die Pflicht zur Erhebung von Straßenbeiträgen zu wehren.

Die Stadt wird Revision gegen die Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) einlegen. Der VGH hatte entschieden, dass der umstrittene Straßenbeitrag rechtmäßig ist. Der Landrat des Vogelsbergkreises hatte die Stadt in seiner Rolle als Kommunalaufsicht angewiesen, eine Straßenbeitragsatzung zu erlassen. Das Verwaltungsgericht Gießen hatte in voriger Instanz entschieden, die Stadt mit ihrem defizitären Haushalt sei dazu verpflichtet, ihre Einnahmemöglichkeit auszuschöpfen und die auf die Bürger umzulegenden Kosten im höchstmöglichen Rahmen festzusetzen. Der zuständige Fachbereichsleiter in Schlitz befand hingegen, das Vorgehen der Kommunalaufsicht verstoße gegen das Recht der Selbstverwaltung.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund (HSGB) begrüßt, dass die Streitfrage höchstrichterlich behandelt wird. Der HSGB favorisiert bei der Straßenbau-Finanzierung das Modell eines jährlich wiederkehrenden Beitrags zwischen 70 und 140 Euro pro Grundstückseigentümer.

#FreeThemAll



Dass der Journalist Deniz Yücel aus der Haft entlassen wurde, ist Grund zur Freude, aber auch ein Ansporn. Das Ziel muss weiter sein, dass alle Journalistinnen und Journalisten freikommen, die in der Türkei und anderswo aus politischen Gründen in Haft sitzen. Weltweit wurden 2017 laut Reporter ohne Grenzen 65 Journalistinnen und Journalisten bei ihrer Arbeit getötet, fast die Hälfte nicht in Kriegsgebieten. Hunderte Medienschaffende sitzen demnach in Gefängnissen.

In Deutschland hetzen vor allem rechte Populisten gegen unabhängige Medien. Wer von einem Parlament verlangt, sich von der Arbeit eines Journalisten zu distanzieren, steht auf einer Stufe mit Autokraten, die unliebsame Berichtersteller in Gefängnisse stecken. Die Angst der Spalter und Hetzer vor unabhängiger Berichterstattung zeigt, wie sehr wir diese brauchen.

STURMSCHÄDEN



Zu einer nachhaltigen Forstwirtschaft gehört auch, Sturmschäden rasch zu beseitigen. Deswegen wird die Landesregierung die kommunalen und privaten Waldbesitzer bei den notwendigen Aufräumarbeiten in Folge von Friederike finanziell unterstützen. „Es ist wichtig, dass umgestürzte Bäume nicht im Wald liegen bleiben. In ihnen können sich zum Beispiel Borkenkäfer vermehren, außerdem behindern zu viele umgefallene Bäume die natürliche Verjüngung im Wald. Das hätte ökologische und wirtschaftliche Probleme zur Folge. Und natürlich sollen Spaziergängerinnen und Spaziergänger auf sicheren Wegen Hessens Wälder besuchen können“, erläuterte Umweltministerin Priska Hinz. Für die anfallenden Arbeiten sind gerade Besitzerinnen und Besitzer kleiner Wälder personell und technisch nicht ausgerüstet, deswegen werden Waldbesitzer, die vom Sturm umgeworfene oder beschädigte Bäume zu Holz verarbeiten, mit drei Euro pro Festmeter vom Land unterstützt. Für den Schaden durch Friederike stellt das Land insgesamt 1,5 Millionen Euro zur Verfügung. Die Förderrichtlinien werden im nächsten Staatsanzeiger veröffentlicht.

In hessischen Wäldern ist ungefähr ein Schaden von 1,5 Millionen Festmeter Holz durch Friederike entstanden, davon etwa 500.000 Festmeter im Körperschafts- und Privatwald. Zum Vergleich: Im Jahr 2016 wurden in den hessischen Körperschafts- und Privatwäldern insgesamt 2.658.000 Festmeter eingeschlagen.